



**Interpellation von Hubert Schuler, Karin Andenmatten, Eric Frischknecht, Andreas Huwyler, Thomas Villiger und Leonie Winter
betreffend Messung der nicht ionisierenden Strahlungen im Kanton Zug
vom 30. Oktober 2008**

Die Kantonsratsmitglieder Hubert Schuler, Karin Andenmatten, Eric Frischknecht, Andreas Huwyler, Thomas Villiger und Leonie Winter, alle Hünenberg, sowie 25 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 30. Oktober 2008 folgende Interpellation eingereicht:

Hochspannungsleitungen und deren Strahlungen sind im Kanton Zug nicht erst seit der Linienführung der SBB-Leitung in Baar ein Thema. Im gültigen Richtplan von 2004 hat der Kantonsrat festgelegt, dass sich Kanton und Gemeinden dafür einsetzen, dass die Auswirkungen auf die Menschen und die Natur durch die nicht ionisierende Strahlung gering sind. Im Weiteren soll sich der Kanton beim Bund dafür einsetzen, dass auch bestehende Leitungen durch den Bund und den betreibenden Firmen saniert und somit die Grenzwerte wie für neue Anlagen eingehalten werden können. Verschiedenste Studien (Colenco Studie 2001, Machbarkeitsstudie Basler + Partner) zeigen auf, dass zum Schutz der Bevölkerung alternative Lösungen technisch möglich sind (Erdverlegung und partielle oder grossräumige Verlegung der Leitung). In diversem Schriftverkehr und persönlichen Gesprächen zwischen der Baudirektion und dem Verein „zur Förderung der Wohnqualität entlang der Hochspannungsleitung“ wurde die Situation ebenfalls erörtert. Obwohl die Berechnungen seit Jahren markante Grenzwertüberschreitungen belegen, konnten keine weiteren Schritte vereinbart werden. Effektive Messdaten fehlen, da nur theoretische Berechnungen und Belastungsangaben der Netzbetreiber in die Studien eingeflossen sind.

Folgende Fragen stellen sich:

1. Was hat der Regierungsrat unternommen um die Strahlungsbelastung eines grossen Teils der Zuger Bevölkerung entlang der Hochspannungsleitung (Hünenberg – Menzingen) zu verringern?
2. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass Messdaten erhoben werden müssen, damit die effektive Belastung der Bevölkerung und der Natur aufgezeigt werden kann? Falls nein, weshalb nicht.
3. Was unternimmt der Regierungsrat damit die Messdaten in einem nützlichen Zeitrahmen erhoben werden?
4. Welche Massnahmen erachtet der Regierungsrat als sinnvoll und machbar, wenn die Messdaten die Normwerte der NIS-V (Verordnung des Bundes zu nicht ionisierenden Strahlungen) eine allfällige Überbelastung der Bevölkerung und/oder Natur aufzeigen?

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner:

Abächerli Fredy, Menzingen
Barmet Monika, Menzingen
Egler Bettina, Baar
Gisler Stefan, Zug
Gössi Alois, Baar
Gysel Barbara, Zug
Huber Keiser Christina, Cham
Iten Franz Peter, Unterägeri
Jans Markus, Cham
Landtwing Alice, Zug
Lehmann Martin B., Unterägeri
Murer Josef, Baar
Rickenbacher Thomas, Cham
Röllin Philipp, Oberägeri
Scheidegger Markus, Risch
Sivaganesan Rupan, Zug
Spescha Eusebius, Zug
Stöckli Anton, Zug
Straub-Müller Vroni, Zug
Stuber Martin, Zug
Walker Arthur, Unterägeri
Winiger Erwina, Cham
Zeiter Berty, Baar
Zoppi Franz, Risch
1 Unterschrift nicht entzifferbar